

Änderungsanträge an
den Bundesparteitag von

DEMOKRATIE IN
BEWEGUNG

am 26. November 2017
in Karlsruhe

Änderungsantrag GO-1

Antragsteller: Felix Pahl
Änderungsantragsteller: Felix Pahl

In der beantragten Geschäftsordnung soll die Überschrift wie folgt geändert werden, so dass die Geschäftsordnung über die aktuelle Tagung hinaus dauerhaft für den Bundesparteitag als Organ gilt:

Geschäftsordnung für den Bundesparteitag von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Gelöscht: am 26. November 2017 in Karlsruhe

Begründung:

Daraus, dass der Bundesparteitag keine Geschäftsordnung hat, bevor er sich eine gibt, entstehen formale Komplikationen, die sich vermeiden lassen, wenn die Geschäftsordnung über die Tagungen hinweg für den Bundesparteitag als Organ gilt. Unabhängig davon kann der Bundesparteitag die Geschäftsordnung nach wie vor jederzeit gemäß Absatz 11 a) mit einfacher Mehrheit ändern.

Änderungsantrag GO-2

Antragsteller: Felix Pahl
Änderungsantragsteller: Felix Pahl

In der beantragten Geschäftsordnung soll Absatz 9 f) wie folgt geändert werden:

- f) Wollen mehr Anwesende ihr Rederecht ausüben, als Redebeiträge zugelassen sind, so können auf jeder der getrennt geführten Redelisten diejenigen einen Redebeitrag halten, die bisher im Laufe des Parteitags die wenigsten Redebeiträge gehalten haben. Unter Redner/innen mit gleicher Anzahl von Redebeiträgen wird per Losverfahren entschieden. Dabei ist sicherzustellen, dass mindestens die/der Antragsteller/in einen Redebeitrag für den Antrag halten kann. Dieses Rederecht kann die/der Antragsteller/in auf eine andere Person übertragen.

Begründung:

Die Antragsteller*in sollte den Antrag von einer Person ihrer Wahl vorstellen lassen können, auch wenn sie ihn nicht selbst vorstellen kann oder will (weil sie nicht anwesend sein kann, weil sie auf dem Parteitag andere Aufgaben erfüllt, weil sie nicht gerne vor vielen Menschen spricht, ...).

Oft stellen Antragsteller*innen mehrere Anträge; durch die Änderung können sie ihr Rederecht an Andere übertragen, damit wir nicht immer nur dieselben Leute reden hören. Zumal diesmal 88% der Anträge von Männern gestellt wurden.

Änderungsantrag A4-1

Antragsteller: Benedikt Sequeira Gerardo
Änderungsantragsteller: Benjamin Kampmann

Der Antrag A4 („Terminologie zu Diskriminierung“) soll folgende neue Fassung erhalten:

§16 Absatz 2 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (2) Diskriminierte Menschen **haben** Diskriminierungserfahrungen aufgrund **von Rassismus**, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität **jenseits binärer Geschlechternormen**. Weitere **Diskriminierungsformen** können vom Bundesvorstand jederzeit per Beschluss ergänzt werden. Streichen kann der Bundesvorstand hingegen keine der genannten **Formen**.

§16 Absatz 5 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (5) Vorstände, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierte sollen grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen und zu einem Viertel mit diskriminierten **Menschen** besetzt werden. Im Vorstand von 7 sollen mindestens 2 Personen mit Diskriminierungserfahrung vertreten sein.

§16 Absatz 7 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (7) Demokratie in Bewegung wird als Arbeitgeberin die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie **diskriminierte Menschen** sicherstellen. Bezahlte Stellen werden auf allen Qualifikationsebenen mindestens zur Hälfte an Frauen und zu einem Viertel an **diskriminierte Menschen** vergeben. In Bereichen, in denen Frauen oder **diskriminierte Menschen** nach diesen Zahlen unterrepräsentiert sind, werden sie solange bevorzugt bis das jeweilige Quorum erreicht ist. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit einzelne Bewerber/innen abzulehnen.

§6 Absatz 1 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Auch Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter, Mandate und Wahlvorschlagslisten werden generell in gesonderten Wahlgängen gewählt, um der Quotenregelung aus §16 der Bundessatzung nachkommen zu können. Dafür wird jeder Platz der Reihe nach geheim gewählt. Dabei gilt, dass der erste Platz einer Frau vorbehalten ist – es folgt immer alternierend ein offener Platz und ein Platz für eine Frau. Frauen können auch auf offenen Plätzen kandidieren. Vor der Wahl von Platz 3 und dann jedem vierten folgend wird des weiteren geschaut, ob die Quote für diskriminierte **Menschen** erfüllt wurde und wenn dem nicht so ist, ist der Platz einer Person **mit Diskriminierungserfahrungen** vorbehalten.

§6 Absatz 6 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (6) Bei Bundesvorstandswahlen sind zunächst die zwei Vorsitzenden und ein/e Schatzmeister/in zu wählen, wobei nur bei den Vorsitzenden die Frauenquote einzuhalten ist. Erst nachdem diese Ämter besetzt wurden, wird der restliche Vorstand nach dem oben beschriebenen Verfahren gewählt. Dabei findet dann die Quotierung für Frauen und diskriminierte **Menschen** nach dem §16 der Satzung auf den gesamten Vorstand Anwendung. Die Quote für diskriminierte **Menschen** hat

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: Minderheiten sind

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: mit

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: ihrer Herkunft oder Hautfarbe

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: diskriminierte Minderheiten

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:32

Gelöscht: Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:33

Gelöscht: Minderheiten

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:34

Gelöscht: Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören,

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:35

Gelöscht: Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören,

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:35

Gelöscht: Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören,

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:06

Gelöscht: Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:06

Gelöscht: aus diskriminierten Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:07

Gelöscht: Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:07

Gelöscht: Minderheiten

hierbei Vorrang vor der Frauenquote. Finden sich nicht genug Kandidaten/innen für den Vorsitz oder den restlichen Vorstand um nach der Quote zu besetzen, gelten die in Absatz 2, 3 und 4 beschriebenen Aussetzungsverfahren.

Begründung des Änderungsantrags:

- Durch den ursprünglich eingebrachten Antrag wird ein bereits unklar formulierter Begriff noch unklarer gefasst: während in der vorherigen Version zumindest von "Minderheit aufgrund (...) der Geschlechtsidentität" die Rede war, wird durch diese Änderung nur ein "diskriminiert aufgrund der Geschlechtsidentität" daraus. Dies weitet den bereits unklaren Begriff weiter auf. In dieser Fassung würden argumentativ auch alle Männer, die vor 1993 geboren und damit aufgrund ihrer Geschlechtsidentität zum Wehrdienst eingezogen wurden, darunter fallen. Das war damit aber nie gemeint.
- Der Änderungsantrag schärft durch die Einfügung "jenseits binärer Geschlechternormen" die Geschlechtsidentitäts-Definition, indem sie expliziter auf die nicht binär-normative Definition verweist und damit Interpretationen wie der oben genannten keinen Raum mehr lässt.

Änderungsantrag A10-1

Antragsteller: Colin Greb
Änderungsantragsteller: Colin Greb

Der Antrag A10 („Marktplatz als Teil der Abstimmungsplattform“) soll folgende neue Fassung erhalten:

§1 der Abstimmungsordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 1 Basisdemokratische Abstimmungen

- (1) Ziel von „Demokratie in Bewegung“ ist die Einbindung von Bewegter/Innen und Mitgliedern in die Gestaltung von Lösungen, in die Gründung von Initiativen und in den Entscheidungsprozess welche Initiativen in das Wahlprogramm von „Demokratie in Bewegung“ aufgenommen werden. Um dies zu ermöglichen werden Initiativprozesse über die elektronischen Plattformen Marktplatz und Plenum von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ermöglicht, wobei das Plenum die offizielle Abstimmungsplattform ist.
- (2) An Initiativen und Abstimmungen teilnehmen dürfen ausschließlich Personen, die laut Satzung von „Demokratie in Bewegung“ Bewegter/In oder Mitglied sind.
- (3) Das starten von Initiativen oder durchführen von Abstimmungen findet auf dem Plenum statt.
- (4) Die Bereitstellung des Plenums und des Marktplatzes sowie die Durchführung von Abstimmungen übernimmt der Vorstand der Bundespartei.

Gelöscht: Abstimmungen über die elektronische Abstimmungsplattform von „Demokratie in Bewegung“ ermöglicht, welche nachfolgend Abstimmungsplattform genannt wird

Gelöscht: der Abstimmungsplattform

Gelöscht: der Abstimmungsplattform

§8 der Abstimmungsordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 8 Moderation der Plattformen

- (1) Zur Betreuung des Marktplatzes und des Plenums gibt es jeweils ein Moderationsteam, das vom Bundesvorstand bestimmt wird.
- (2) Die Moderationsteams stellen, sicher, dass auf den Plattformen, ein respektvoller Umgang gewahrt bleibt und der Meinungsaustausch nicht gestört wird. Verstößt eine TeilnehmerIn gegen die Verhaltens-Kodex, der vom Bundesvorstand festgelegt wird, sind die Moderationsteams berechtigt eine Verwarnung auszusprechen.

Gelöscht: Abstimmungsplattform

Gelöscht: der Plattform

Gelöscht: Das

Gelöscht: t

Gelöscht: der Abstimmungsplattform

Gelöscht: ist das

Wird eine TeilnehmerIn dreimal verwarnt, wird sie für die weitere Teilnahme an der jeweiligen Plattform ausgeschlossen. Ausgenommen hiervon ist das Recht sich an Abstimmungen zu beteiligen, welches weiter bestehen bleibt. Eine TeilnehmerIn, die vom Plenum ausgeschlossen wird, kann eine Prüfung durch das Kuratorium verlangen.

Gelöscht: Abstimmungsplattform

Gelöscht: Die

- | (3) Das Moderationsteam des Plenums prüft eingereichte Initiativen zur Gründung oder zur Abstimmung, auf die Vereinbarkeit mit den Werten von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG. Kommt das Moderationsteam zu dem Schluss, dass die Initiative gegen die Werte von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG verstößt, ist es berechtigt die Zulassung abzulehnen.
- | (4) Beim Einreichen der Initiative überprüft das Moderationsteam des Plenums, ob es zu dem Thema schon eine Initiative gibt. Wenn dies der Fall ist kann das Moderationsteam entscheiden, dass die Initiative als Varianten-Initiative gegründet wird.

Begründung des Änderungsantrags:

Die neue Nomenklatur des ursprünglichen Antrags ("Abstimmungsplattform" als Oberbegriff für Marktplatz und Plenum) passte nicht dazu, wie die Begriffe von vielen und auch von Teilen der Abstimmungsordnung verwendet werden. Deshalb setzt der Änderungsantrag das Ziel des Antrags, die Zuständigkeit der Moderationsteams zu klären und zu legitimieren, auf andere Art um.

Änderungsantrag A12-1

Antragsteller: Drakon Mavromatis
Änderungsantragsteller: Drakon Mavromatis

Der Antrag A12 („Rechte und Pflichten von Vorständen und Gremien“) soll folgende neue Fassung erhalten:

In §8 der Satzung soll ein neuer Absatz 10 eingefügt werden:

- (10) Beschlüsse von Vorständen und Gremien werden protokolliert und den Parteimitgliedern baldmöglichst zugänglich gemacht. Die Mitglieder haben ab dann 31 Tage Zeit, um diese zu beanstanden und nach § 11 eine Urabstimmung darüber zu bewirken.

§11 Absatz 1 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Über alle Fragen der Politik der Partei, insbesondere auch des Programms, sowie über beanstandete Beschlüsse von Vorständen und Gremien kann urabgestimmt werden. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Partei.

Änderungsantrag A20-1

Antragsteller: Felix Pahl
Änderungsantragsteller: Felix Pahl

Der Antrag A20 („Reform der Quotierung“) soll folgende neue Fassung erhalten:

§16 Absätze 5 und 6 der Satzung sollen wie folgt geändert werden:

- (5) Vorstände, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierte sollen grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen und zu einem Viertel mit diskriminierten Minderheiten besetzt werden. Im Vorstand von 7 sollen mindestens 2 Personen mit Diskriminierungserfahrung vertreten sein. Das genaue Wahlverfahren regelt die Wahlordnung.
- (6) Bei der Aufstellung von Wahlbewerbern/innen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen Anteil von mindestens 50% Frauen und mindestens 25% diskriminierte Menschen in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Das genaue Wahlverfahren regelt die Wahlordnung. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerber/innen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.

§16 Absatz 10 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (10) Abweichend von §17 Absatz 1 können §16 der Satzung (Vielfaltsförderung) sowie die entsprechenden Bestimmungen der Wahlordnung nur mit einer 2/3-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen geändert werden.

§4 Absatz 4 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Wer selbst bei der Wahl kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

§5 der Wahlordnung soll gestrichen werden.

§6 der Wahlordnung soll wie folgt in neue §5 und §6 geändert werden:

§ 5 Wahlverfahren

- (1) Eine Position im Sinne dieser Wahlordnung ist ein Listenplatz, ein Parteiamt oder ein Mandat.
- (2) Vor der Wahl für eine Position wird für jede Quotenregelung geprüft, ob bei Wahl einer Person, die nicht der quotierten Gruppe angehört, die Mindestquote für die bis dahin besetzten Positionen erfüllt würde. Ist dies nicht der Fall, so ist die Position für die entsprechende Gruppe reserviert. Würde dabei eine Position sowohl für Frauen als auch für diskriminierte Menschen reserviert und stellt sich keine Bewerberin zur Wahl, die beide Bedingungen erfüllt, so wird die Position nur für diskriminierte Menschen reserviert.

Gelöscht: mindestens hälftigen Frauenanteil

Gelöscht: Bei Wahlvorschlagslisten sind der erste und dann jeder zweite Listenplatz in Folge Frauen vorbehalten. Unter den ersten drei und dann in Schritten von jeweils vier ist je ein Listenplatz Personen mit Diskriminierungserfahrung vorbehalten.

Gelöscht: V

Gelöscht: kann

Gelöscht: für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat

Gelöscht: § 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate¶

¶
<#>Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.¶

¶
<#>Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.¶

¶
<#>Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)¶
für gleiche Parteiämter oder Mandate

Gelöscht: 6

Gelöscht: für gleiche Parteiämter oder Mandate

(3) Zur Berechnung der Quote für Menschen mit Diskriminierungserfahrung werden die Zahlen der Menschen mit und ohne Diskriminierungserfahrung jeweils um eins erhöht.

(4) Bei der Wahl eines einzelnen Parteiambtes mit bestimmter Zuständigkeit (z.B. einer Schatzmeister/in) wird keine Quotierung angewandt. Bei der Wahl mehrerer Parteiämter mit gleicher bestimmter Zuständigkeit (z.B. zweier Kassenprüfer/innen oder zweier Vorsitzender) bezieht sich die Quotierung nur auf diese Ämter. Bei der Wahl von Ämtern ohne bestimmte Zuständigkeit in einem Parteigremium (z.B. weiterer Mitglieder in einem Vorstand) bezieht sich die Quotierung dagegen auf das gesamte Gremium. Bei der Wahl eines Gremiums werden die Ämter mit bestimmter Zuständigkeit vor den Ämtern ohne bestimmte Zuständigkeit gewählt. Bei der Wahl von Ämtern und zugehörigen Ersatzämtern werden die Ämter vor den Ersatzämtern gewählt. Bei der Wahl der Ersatzämter bezieht sich die Quotierung auf die Gesamtheit der Ämter und Ersatzämter.

(5) Sollten sich vor der Wahl einer Position nicht mehr genug Kandidat/innen finden, um eine Quote durchsetzen zu können, dann beantragt der/die Wahlleiter/in vor der Wahl, dass die jeweilige Quote von da an ausgesetzt wird. Die der jeweiligen Gruppe angehörenden anwesenden, nicht in der Abstimmung abgelehnten wahlberechtigten Mitglieder können dem mit einfacher Mehrheit unter Ausschluss von Enthaltungen ihre Zustimmung verweigern. Wird es von mindestens einer beteiligten Person beantragt, so findet diese Abstimmung unter Ausschluss der Nicht-Gruppenangehörigen statt. Sofern keine abstimmungsberechtigte Person anwesend ist, gilt die Zustimmung zur Aussetzung der jeweiligen Quote als erteilt.

(6) Votiert die Gruppe gegen den Antrag der/s Wahlleiters/in, so soll die Liste nicht weiter besetzt werden und an dieser Stelle enden. In diesem Fall kann die Wahlversammlung in offener Abstimmung entscheiden, ob die Aufstellung der Liste vertagt werden soll oder ob die Liste in der dann bestehenden Form angenommen wird.

§ 6 Gemeinsame Wahl gleicher Parteiämter

(1) Für Wahlen von Parteiämtern kann die Versammlung auf Antrag der/s Wahlleiters/in in offener Abstimmung bestimmen, dass die Wahl gleicher Ämter gemeinsam stattfinden soll.

(2) Zu Beginn der Wahl wird für jede Quotenregelung festgestellt, wie viele der Ämter für Mitglieder der entsprechenden Gruppe reserviert werden müssen, um die satzungsgemäßen Mindestquoten zu erfüllen. Dabei sind §5 Absätze 3 bis 6 anzuwenden.

(3) Falls sich aus der Summe von Reservierungen für Frauen und Reservierungen für Vielfalt insgesamt mehr Reservierungen ergeben, als überhaupt Ämter zu wählen

Gelöscht: Auch Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter, Mandate und Wahlvorschlagslisten werden generell in gesonderten Wahlgängen gewählt, um der Quotenregelung aus §16 der Bundessatzung nachkommen zu können. Dafür wird jeder Platz der Reihe nach geheim gewählt. Dabei gilt, dass der erste Platz einer Frau vorbehalten ist – es folgt immer alternierend ein offener Platz und ein Platz für eine Frau. Frauen können auch auf offenen Plätzen kandidieren. Vor der Wahl von Platz 3 und dann jedem vierten folgend wird des weiteren geschaut, ob die Quote für diskriminierte Gruppen erfüllt wurde und wenn dem nicht so ist, ist der Platz einer Person aus diskriminierten Gruppen vorbehalten.

Gelöscht: <#>Sollte durch die Durchsetzung einer anderen Quote ein einer Frau zustehender Platz mit einem Mann besetzt werden, verschiebt sich die Alternierung von Frauen um einen Platz, und die nächste darauf folgende Stelle ist dann mit einer Frau zu besetzen. Darüber hinaus soll die nächste nach dieser Quote besetzte Stelle mit einer Frau besetzt werden.¶¶<#>¶¶

Gelöscht: eines Platzes

Gelöscht: von Ämtern mit gleicher (bestimmter oder unbestimmter) Zuständigkeit

Gelöscht: aller Plätze

sind, dann sind so viele Ämter für Frauen mit Vielfalt zu reservieren, wie Reservierungen überzählig sind.

(4) Nach der Wahl wird aus den Kandidierenden, die die nach §10 erforderliche Mehrheit erreicht haben, ein Pool gebildet, aus dem sie im Weiteren der Reihe nach gewählt (und dabei entfernt) werden.

(5) Für die Gruppen „Frauen mit Vielfalt“, „Vielfalt“ und „Frauen“ wird (in dieser Reihenfolge) nacheinander jeweils der Schritt in Absatz 6 angewandt.

(6) Wurden Ämter für Mitglieder einer Gruppe reserviert, so wird solange das Mitglied der Gruppe mit den meisten Ja-Stimmen aus dem Pool gewählt, bis alle Ämter besetzt sind, keine Mitglieder der Gruppe mehr im Pool sind oder (insgesamt in allen Schritten) so viele Mitglieder der Gruppe gewählt wurden, wie Ämter für Mitglieder der Gruppe reserviert wurden.

(7) Anschließend wird solange die/der Kandidierende mit den meisten Ja-Stimmen aus dem Pool gewählt, bis alle Ämter besetzt sind oder der Pool leer ist.

(8) Bei Stimmengleichheit ist §11 Absatz 3 anzuwenden.

§11 Absatz 4 der Wahlordnung soll gestrichen werden.

Begründung des Änderungsantrags:

Gegenüber dem ursprünglichen Antrag wurde folgendes geändert:

- In §5 Abs. 4 wird geregelt, wie Ersatzämter gewählt und quotiert werden; das war bisher nicht klar geregelt.
- In dem neuen §6 wird die gemeinsame Wahl gleicher Parteiämter neu geregelt. Die bisherige Regelung in §6 Abs. 5 und 6 der bestehenden Wahlordnung war nicht eindeutig zu interpretieren, stellte bei wörtlicher Auslegung nicht die Quotierung des Bundesvorstands sicher und hat zu Unklarheiten und Unsicherheiten bei der Umsetzung geführt. Die bisherige Praxis, gleiche Ämter bei der gemeinsamen Wahl gemeinsam und nicht schrittweise zu quotieren, erforderte eine bestimmte Auslegung des §6 Abs. 5 und war durch diese auch nicht im Detail festgelegt. Die vorliegende Änderung beseitigt diese Unklarheiten, indem sie ein wohldefiniertes Verfahren für die gemeinsame Wahl gleicher Ämter festlegt. Zwei Absätze bedürfen dabei vielleicht einer Erklärung:
 - §6 Abs. 3 lässt sich am besten anhand von Beispielen erklären. Ist bei der Wahl des Bundesvorstands unter den Vorsitzenden und dem/der Schatzmeister*in nur eine Frau und keine Vielfalt, dann müssen von den weiteren Mitgliedern des Vorstands mindestens 3 Frauen und 2 Vielfalt sein. Es gibt aber nur 4 weitere Mitglieder. Die Quoten können also nur gleichzeitig erfüllt werden, wenn mindestens eine Frau mit Vielfalt gewählt wird. In dem

Gelöscht: Das Verfahren wird dann in zwei Schritten durchgeführt: Es wird eine reguläre Wahl über alle Kandidaten/innen wie in §§ 8, 9 und 10 beschrieben durchgeführt und gemäß §11 in Reihenfolge gebracht. Dann werden die Posten der Reihenfolge nach besetzt, wobei die Quotenregelungen wie oben beschrieben von der Wahlkommission direkt angewandt wird. Die Wahlkommission gibt dann die Liste oder Mandate als ganzes bekannt.

Gelöscht: ¶
<#>Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerber/innen in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben.¶

Extremfall, dass (nach Aufhebung der Frauenquote für die Vorsitzenden) weder Frauen noch Vielfalt unter den Vorsitzenden und dem Schatzmeister wären, müssten von den weiteren Mitgliedern des Vorstands mindestens 4 Frauen und 2 Vielfalt sein, was nur möglich ist, wenn mindestens zwei Frauen mit Vielfalt gewählt werden.

- Absatz 4 umfasst eine Klarstellung der unklaren Bestimmung in §6 Absatz 6 der bestehenden Wahlordnung, dass die Vielfaltquote Vorrang vor der Frauenquote hat. Die Reihenfolge wird nur relevant, wenn nicht beide Quoten gleichzeitig erfüllt werden können, weil nicht genug Frauen mit Vielfalt kandidiert haben oder gewählt wurden. In diesem Fall wird zuerst die Vielfaltquote erfüllt und dann soweit wie möglich die Frauenquote.

Änderungsantrag A23-1

Antragsteller: Felix Pahl
Änderungsantragsteller: Felix Pahl

Der Antrag A23 („Prüfung von Initiativen“) soll folgende neue Fassung erhalten:

§1 Absatz 1 der Abstimmungsordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Ziel von „Demokratie in Bewegung“ ist die Einbindung von Beweger/Innen und Mitgliedern in die Gestaltung von Lösungen für das Programm, in die Gründung von Initiativen und in den Entscheidungsprozess welche Initiativen in das Wahlprogramm von „Demokratie in Bewegung“ aufgenommen werden. Um dies zu ermöglichen werden Abstimmungen über die elektronische Abstimmungsplattform von „Demokratie in Bewegung“ ermöglicht, welche nachfolgend Abstimmungsplattform genannt wird.

§2 Absätze 2 und 3 der Abstimmungsordnung sollen wie folgt geändert werden:

- (2) Damit mehrere Initiativen zu dem gleichen Gegenstand nicht zu Widersprüchen im Parteiprogramm führen, kann eine Initiative, die das gleiche Thema behandelt wie eine bereits gegründete Initiative, von dem Prüfungsteam nach § 7 Absatz (7) als Alternativvorschlag zur Basisinitiative, als so genannte Varianten-Initiative zugelassen werden. Die Mehrheit der Vertrauensleute einer der beiden betroffenen Initiativen hat das Recht die Entscheidung von einem Kuratorium prüfen zu lassen.

Varianten-Initiativen werden wie normale Initiativen behandelt, es sei denn, es wird nachfolgend etwas anderes festgelegt.

- (3) Die eingereichte Initiative wird vor der Veröffentlichung auf Basis von § 7 vom Prüfungsteam geprüft.

§4 Absatz 6 der Abstimmungsordnung soll wie folgt geändert werden:

- (6) Nach Abschluss der Diskussionsphase folgt eine zweiwöchige Überarbeitungsphase, in der die Vertrauenspersonen die Möglichkeit haben, den Text für die Abstimmung anzupassen. Spätestens zwei Wochen nach der Diskussionsphase muss der finale Text für die Abstimmung eingereicht werden. Der Text für die Abstimmung muss eine abstimmbare Aussage enthalten. Im Falle einer Überarbeitung dürfen der ursprüngliche Grundcharakter, die Vereinbarkeit mit den Grundwerten und die Zielsetzung des Anliegens nicht verändert werden. Hierüber entscheidet das Prüfungsteam auf Basis des § 7.

Für Initiativen, die bis zum 20.08.2017 zugelassen wurden, verkürzt sich die Überarbeitungsphase auf eine Woche.

§6 der Abstimmungsordnung soll gestrichen werden.

§7 und §8 der Abstimmungsordnung sollen wie folgt geändert werden:

§ 7 Prüfung der Initiative

- (1) Zur Prüfung von Initiativen gibt es ein Prüfungsteam, das vom Bundesvorstand bestimmt wird.

Gelöscht: Moderationsteam

Gelöscht: 8

Gelöscht: 4

Gelöscht: von der Moderation

Gelöscht: Moderationsteam

Gelöscht: Die Forderung einer Initiative, die von der Mehrheit der an der Abstimmung Teilnehmenden abgelehnt worden ist, darf für 6 Monate nicht mehr Gegenstand einer Initiative sein. .

(2) Der Inhalt der Initiative muss den Werten von "Demokratie in Bewegung" entsprechen. Das Prüfungsteam prüft, ob der Inhalt der Initiative den Werten entspricht. Wenn das Prüfungsteam zu dem Schluss kommt, dass die Initiative den Werten von "Demokratie in Bewegung" widerspricht, hat es das Recht die Gründung oder die Abstimmung auf der Abstimmungsplattform von "Demokratie in Bewegung" zu verweigern.

Gelöscht: Die Moderation der Abstimmungsplattform

Gelöscht: ¶

Gelöscht: die Moderation

Gelöscht: sie

(3) Das Prüfungsteam prüft Initiativen auf Übereinstimmung mit Initiativen, die innerhalb der letzten 6 Monate im Plenum abgelehnt wurden. Kommt das Prüfungsteam zu dem Schluss, dass eine Initiative sich inhaltlich nicht von einer solchen abgelehnten Initiative unterscheidet, kann es die Zulassung zur Gründung oder zur Abstimmung ablehnen.

Gelöscht: Die Moderation

Gelöscht: die Moderation

Gelöscht: identisch mit

Gelöscht: ist oder etwaige Unterschiede nur der Umgehung der vorliegenden Regelung dienen

Gelöscht: sie

(4) Das Prüfungsteam prüft Initiativen daraufhin, ob sie programmatische Inhalte im Sinne von §1 Abs. 1 der Abstimmungsordnung sowie §3 Abs. 2 und §4 Abs. 4 der Bundessatzung betreffen. Kommt das Prüfungsteam zu dem Schluss, dass eine Initiative nicht das Programm, sondern beispielsweise Verfahren oder Verfasstheit der Partei betrifft, kann es die Zulassung zur Gründung oder zur Abstimmung ablehnen. Bei Initiativen, die sowohl programmatische als auch andere Aspekte haben, soll das Prüfungsteam in seiner Entscheidung berücksichtigen, dass auch die anderen Aspekte wertvolle Anregungen zur Weiterentwicklung der Partei liefern können. Diese sind bei Annahme der Initiative im Plenum als Empfehlungen an den Bundesparteitag zu betrachten.

Gelöscht: Die Moderation

Gelöscht: die Moderation

Gelöscht: sie

Gelöscht: die Moderation

Gelöscht: ihrer

(5) Kommt das Prüfungsteam zu dem Schluss, dass der Zulassung zur Gründung oder zur Abstimmung Einwände entgegenstehen, die durch Änderung der Initiative behoben werden könnten, teilt es diese Einwände den Initiator/innen mit und gibt ihnen Gelegenheit, die Initiative entsprechend zu überarbeiten.

Gelöscht: die Moderation

Gelöscht: sie

(6) Das Prüfungsteam kann darüber hinaus den Initiator/innen Hinweise und Empfehlungen geben, beispielsweise Hinweise auf thematisch verwandte Initiativen oder Empfehlungen zur Klarstellung. Diese unverbindlichen Hinweise und Empfehlungen müssen in der Kommunikation mit den Initiator/innen klar von Einwänden im Rahmen der Prüfung und der Entscheidung über die Zulassung unterschieden werden.

(7) Beim Einreichen einer Initiative prüft das Prüfungsteam, ob es zu dem Thema schon eine Initiative gibt. Wenn dies der Fall ist, kann das Prüfungsteam entscheiden, dass die Initiative als Varianten-Initiative gegründet wird.

Gelöscht: die Moderation

Gelöscht: die Moderation

Gelöscht: Dies ist

Gelöscht: der Moderation

Gelöscht: die

Gelöscht: der Moderation

(8) Entscheidungen des Prüfungsteams sind den Vertrauenspersonen schriftlich per Brief oder per E-Mail mitzuteilen und zu begründen.

(9) Wenn die Mehrheit der Vertrauenspersonen dies wünscht, kann eine Entscheidung des Prüfungsteams dem Kuratorium nach § 9 zur Prüfung vorgelegt werden. Die Entscheidung des Kuratoriums ist den Vertrauenspersonen schriftlich per Brief oder per E-Mail mitzuteilen. Die Entscheidung des Kuratoriums ist bindend.

Gelöscht: ¶

Wenn das Kuratorium zu der Entscheidung kommt, dass der Text der Initiative oder der Abstimmungstext den Werten von "Demokratie in Bewegung" widerspricht, hat sie das Recht die Zulassung zur Gründung oder zur Abstimmung zu verweigern. Wenn das Kuratorium zu der Entscheidung kommt, dass die Initiative nicht den Werten von "Demokratie in Bewegung" widerspricht, kann das Kuratorium die Entscheidung der Moderation aufheben und die Initiative zur Gründung oder zur Abstimmung zuzulassen.

(10) Wird die Gründung einer Initiative oder die Zulassung zur Abstimmung vom Kuratorium abgelehnt, ist es den Vertrauenspersonen für sechs Monate untersagt eine neue Initiative anzumelden.

§ 8 Moderation der Abstimmungsplattform

- (1) Zur Betreuung der Plattform gibt es ein Moderationsteam, das vom Bundesvorstand bestimmt wird.
- (2) Das Moderationsteam stellt sicher, dass auf der Abstimmungsplattform ein respektvoller Umgang gewahrt bleibt und der Meinungsaustausch nicht gestört wird. Verstößt eine TeilnehmerIn gegen die Verhaltens-Kodex, der vom Bundesvorstand festgelegt wird, ist das Moderationsteam berechtigt eine Verwarnung auszusprechen.

Wird eine TeilnehmerIn dreimal verwarnt, wird sie für die weitere Teilnahme an der Abstimmungsplattform ausgeschlossen. Ausgenommen hiervon ist das Recht sich an Abstimmungen zu beteiligen, welches weiter bestehen bleibt. Die TeilnehmerIn, die ausgeschlossen wird, kann eine Prüfung durch das Kuratorium verlangen.

Begründung des Änderungsantrags:

Gegenüber dem ursprünglich eingereichten Antrag A23 hat sich folgendes geändert:

- Die Zuständigkeiten der Prüfung von Initiativen und der Moderation der Abstimmungsplattform werden verschiedenen Teams zugeordnet, dem "Prüfungsteam" und dem "Moderationsteam". Das entspricht der Team-Struktur, die geplant ist, sobald überhaupt technische Möglichkeiten zur Moderation der Abstimmungsplattform geschaffen werden.
- §8 Absatz 3 ist in §7 verschoben, weil er eine Zuständigkeit des Prüfungsteams, nicht des Moderationsteams betrifft.
- Die Formulierung in §7 Absatz 3 zu identischen Initiativen war immer noch zu unklar.

Gelöscht: <#>Das Moderationsteam prüft eingereichte Initiativen zur Gründung oder zur Abstimmung, auf die Vereinbarkeit mit den Werten von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG. Kommt das Moderationsteam zu dem Schluss, dass die Initiative gegen die Werte von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG verstößt, ist es berechtigt die Zulassung abzulehnen.¶¶

Gelöscht: <#>Beim Einreichen der Initiative überprüft das Moderationsteam, ob es zu dem Thema schon eine Initiative gibt. Wenn dies der Fall ist kann das Moderationsteam entscheiden, dass die Initiative als Varianten-Initiative gegründet wird.¶¶

Änderungsantrag A24-1

Antragsteller: Florian Stinner
Änderungsantragsteller: Florian Stinner

Der Antrag A24 („Konkretisierung der Mandatsträgerbeiträge“) soll folgende neue Fassung erhalten:

§5 der Finanzordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 5 Mandatsträgerbeitragsverpflichtung

Mandatsträger/innen sind verpflichtet, über den Mitgliedsbeitrag hinaus einen Mandatsträgerbeitrag im Sinne des Parteiengesetzes in Höhe von 5% des Bruttobetrags der individuellen Entschädigung zu leisten. Der Beitrag kann entsprechend §4 Abs. 2 Finanzordnung gezahlt werden.

Gelöscht: monatlich

Gelöscht: der Abgeordnetenentschädigung

Änderungsantrag A27-1

Antragsteller: Florian Stinner
Änderungsantragsteller: Benjamin Kampmann

Der Antrag A27 („DEMOKRATIE IN BEWEGUNG als Arbeitgeberin“) soll folgende neue Fassung erhalten:

In der Satzung soll ein neuer Paragraph 15 eingefügt werden, die folgenden Paragraphen verschieben sich dementsprechend:

Gelöscht: Absatz

§ 15. DEMOKRATIE IN BEWEGUNG als Arbeitgeberin

- (1) Mit festen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern bzw. freien Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern zu besetzende Stellen in der Organisation von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG, die monatliche Kosten von über 2 000 Euro überschreiten, müssen auf Bundesverbands- bzw. Landesverbandsebene ausgeschrieben werden. Es ist sicherzustellen, dass die Ausschreibung wenigstens alle Mitglieder erreicht.
- (2) In der Ausschreibung muss wenigstens Arbeitszeit, Lohn pro Monat bzw. Entschädigung oder Honorar, ggf. Urlaubsanspruch angegeben sein. Das Arbeitsverhältnis muss allen gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.
- (3) Der Bundesverband darf Personal einstellen. Die Landesverbände dürfen unabhängig vom Bundesverband Personal einstellen. Die Einstellung, Entlassung und Konditionsgestaltung obliegt dem Vorstand der jeweiligen Verbandsebene.

Begründung des Änderungsantrags:

1. Im Vorwort ist Paragraph gemeint, nicht Absatz und es wird klar gestellt, dass dies eine Verschiebung der anderen Paragraphen zur Folge hat.
2. In seiner aktuellen Formulierung würden darunter auch Fotografenaufträge zu Bundesparteitagen und kleinste Aushilfsstellen fallen, sofern diese nicht von anderen Firmen ausgeübt werden. Diese rechtfertigen in der Praxis den Aufwand einer Ausschreibung nicht, weshalb dieser Änderungsantrag dies auf **feste Stellen über einer Bagatellgrenze von 2 000 Euro** im Monat einschränkt.

Änderungsantrag A29-1

Antragsteller: Jörg Rupp
Änderungsantragsteller: Jörg Rupp

Der Antrag A29 („Aufteilung des Mitgliedsbeitrags“) soll folgende neue Fassung erhalten:

§6 Absätze 2 bis 4 der Finanzordnung sollen wie folgt geändert werden:

- (2) Soweit ein Landesverband besteht, erhält dieser 66,6% des Mitgliedsbeitrags. (
- (3) Soweit ein Kreisverband mit eigener Kassenführung besteht, erhält der Landesverband nur 33,3% und der Kreisverband ebenso 33,3% des Mitgliedsbeitrags.
- (4) Die verpflichtenden Mandatsträgerbeiträge sind an die Bundespartei zu entrichten. 66,6% gehen an den Landesverband, in dem der/die Mandatsträger/in geführt wird. Wenn es sich um kommunale Mandate handelt, gehen 66,6% an den zuständigen kommunalen Verband

Gelöscht: 50

Gelöscht: Die Aufteilung innerhalb eines Landesverbands wird von diesem selbst geregelt.

Gelöscht: 50

§10 der Finanzordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 10 Aufteilung

- (1) Spenden werden entsprechend den Beiträgen zu je 33,3% auf Bund und 66,6% Land aufgeteilt, sofern eine Zweckbindung nichts anderes vorschreibt.
- (2) Ist eine Zuordnung der spendenden Person zu einem Landesverband nicht möglich, gehen 33,3% an den Bund und 66,6% werden zu gleichen Teilen auf die Landesverbände umgelegt.
- (3) Ist eine Zuordnung der spendenden Person zu einem Kreis- oder Regionalverband möglich, erhält, soweit ein Kreisverband mit eigener Kassenführung besteht, der Landesverband nur 33,3% und der Kreisverband ebenso 33,3% der Spende. Ist eine Zuordnung der spendenden Person zu einem Kreis- oder Regionalverband nicht möglich, gehen 33,3% an den Bund und 66,6% werden zu gleichen Teilen auf den Landesverband und die bestehenden Kreis- oder Regionalverbände umgelegt.
- (4) Spenden durch Auslagenverzicht gehen zu 100% an die verrechnende Ebene.

Gelöscht: 50

Gelöscht: 50

Gelöscht: 50

Gelöscht: Die Aufteilung innerhalb eines Landesverbands wird von diesem selbst geregelt.

Begründung zu §6 (3):

Die Regelung garantiert, dass alle Kreisverbände gleich ausgestattet werden.

Änderungsantrag A30-1

Antragsteller: Jörg Rupp
Änderungsantragsteller: Jörg Rupp

Der Antrag A30 („Doppelmitgliedschaft“) soll folgende neue Fassung erhalten:

In §2 der Satzung soll ein neuer Absatz 3 eingefügt werden:

- (3) Personen, die Mitglied einer anderen Partei i.S.d. Parteiengesetzes sind, können nicht Mitglied der Partei sein. Diese Regelung tritt mit einer Frist von 6 Wochen nach Bekanntwerden einer doppelten Mitgliedschaft in Kraft. Innerhalb dieser Frist muss sich das Mitglied für eine seiner Mitgliedschaften entscheiden. Sollte diese Entscheidung nicht gefällt werden, veranlasst der Bundesvorstand ein Schiedsgerichtsverfahren beim Bundesschiedsgericht.

Änderungsantrag A34-1

Antragstellerin: Regine Deutsch
Änderungsantragstellerin: Regine Deutsch

Es wird beantragt in der gesamten Abstimmungsordnung, soweit es mit dem originalen Antrag A34 noch nicht geschehen ist, "Gründung" durch "Einreichung" und "gründen" durch "einreichen" in allen grammatikalischen Formen zu ersetzen.

Begründung des Änderungsantrags:

Es ist aufgefallen, dass in einigen inhaltlich nicht geänderten Abschnitten die Begrifflichkeiten durch den originalen Antrag nicht geändert wurden.

Änderungsantrag EO-1

Antragsteller: Jörg Rupp
 Änderungsantragsteller: Jörg Rupp

In der beantragten Erstattungsordnung soll Punkt 1 (a) wie folgt geändert werden:

- (a) Erstattung nach dieser Ordnung erhalten Mitglieder der Bundespartei von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG *einschließlich seiner nachgeordneten Gebietsverbände*, wenn sie durch Auftrag, Beschluss oder Wahl durch hierzu befugte Personen oder Parteigremien als Delegierte oder Beauftragte tätig werden. Auftrag, Beschluss oder Wahl sind zu protokollieren. Erstattet werden diese Aufwendungen durch den jeweiligen zuständigen Gebietsverband.

Gelöscht: ß

Gelöscht: ß

In der beantragten Erstattungsordnung soll der erste Absatz von Punkt 4 wie folgt geändert werden:

Erstattet werden, unabhängig von den tatsächlich entstandenen Kosten, die nachstehenden Tagespauschalen für durch Auswärtstätigkeit bedingte Mehraufwendungen pro Tag:

Gelöscht: P

In der beantragten Erstattungsordnung soll Punkt 9 wie folgt geändert werden:

9. Steuerlich begünstigter Verzicht auf die Erstattung zugunsten einer Spende an die Bundespartei und nachgeordnete Gliederungen

Der/die Anspruchsberechtigte kann auf die Erstattung der geltend gemachten Aufwendungen ganz oder teilweise zu Gunsten einer Spende an die Partei verzichten. Die Spende durch ganzen oder teilweisen Verzicht auf die Erstattung muss unter Nennung des Spenden- und ggf. Zahlungsbetrages schriftlich auf der Abrechnung erklärt werden. Spenden (einschließlich Beiträge) an politische Parteien sind **insgesamt bis 20 % des Gesamtbetrags** der Einkünfte als **Sonderausgaben** absetzbar, und ermäßigen die Einkommenssteuer um die Hälfte des gespendeten Betrages. Beiträge und Spenden, die den Höchstbetrag übersteigen, können in das **Folgejahr** vorgetragen und dort im Rahmen des Höchstbetrages berücksichtigt werden. Dieser Spendenvortrag gilt zeitlich unbegrenzt.

Gelöscht: Landespartei

Gelöscht: ¶
 Eine Kreismitgliederversammlung kann abweichend von dieser Erstattungsordnung für den Geltungsbereich des Kreisverbandes durch einfachen Beschluß die nach dieser Erstattungsordnung geltenden Höchstbeträge und Pauschbeträge vermindern, nicht aber erhöhen. Der Beschluß über die Festsetzung verminderter Höchst- und Pauschbeträge ist als Anlage zu dieser Erstattungsordnung im Geltungsbereich des Kreisverbandes bekannt zu geben. Der Landesverband ist hiervon in Kenntnis zu setzen.¶

Änderungsantrag EO-2

Antragsteller: Jörg Rupp
Änderungsantragstellerin: Melanie Matthes

In der beantragten Erstattungsordnung soll Punkt 4 gestrichen werden.

Begründung:

Die Partei verfügt aktuell kaum über Finanzmittel. Nach der Wahl sind unsere Spenden von 115.000€ im September auf ca. 10.000€ im Oktober zurück gegangen. Weder steht uns die Parteienfinanzierung in nächster Zukunft in Aussicht noch andere so große Themen, die die Spenden erneut und konstant aufflammen lassen werden. Entsprechend müssen Mitglieder für die von ihnen ausgelegten Sachkosten entschädigt werden. Zusätzliche Tagessätze wiederum können wir uns nicht leisten und sie sind nach keiner Vorgabe nötig. Selbst Arbeitgeber/innen sind nicht verpflichtet ihren Mitarbeiter/innen Tagesgelder zu erstatten (diese können dann bei der Steuererklärung eingereicht werden).

Änderungsantrag V3-1

Antragstellerin: Sabine Sedlaczek

Änderungsantragstellerin: Sabine Sedlaczek

Der Bundesparteitag möge beschließen:

In allen Veröffentlichungen und offiziellen Dokumenten von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG wird in Zukunft zur Berücksichtigung aller Geschlechter bevorzugt das Gender-Sternchen (*) verwendet (z.B.: Beweger*innen). Die Satzung und die bereits bestehenden Ordnungen werden dementsprechend angepasst, d.h. redaktionell überarbeitet, sodass einheitlich, wie hier beschrieben, gegendert ist.

Alle Mitglieder sind aufgefordert in ihren Texten, aber auch in ihrer gesprochenen Sprache auf gendersensible Sprache zu achten.

Für Veröffentlichungen und offizielle Dokumente gilt:

- Als bevorzugte Schreibweise bei geschlechtsabhängigen Wörtern ist das Gender-Sternchen (*) zu verwenden.
Beispiel: Beweger*innen
- Wenn sich sprachlich eine geschlechtsneutrale Formulierung anbietet, kann diese ebenso genutzt werden.
Beispiel: Studierende
- Im Singular wird die einfachste Abtrennung mit dem Gender-Sternchen gewählt.
Beispiel: der*die Teilnehmer*in, ein*e Teilnehmer*in

Gelöscht: Geschlechtsneutrale Formulierungen dürfen genutzt werden, wenn sie den Sinn nicht verfälschen.

Begründung des Änderungsantrags:

Im ursprünglichen Antrag war nicht klar genug formuliert, was das Ziel dieses Antrages ist; nämlich alle Ordnungen und die Satzung einmal einheitlich durchzugendern und das aktuell herrschende Chaos zu beseitigen.

Außerdem wurde eine Formulierung geändert, sodass in offiziellen Texten nun geschlechtsneutrale Formulierungen gleichberechtigt mit durch Sternchen gegenderten Wörtern verwendet werden können.